

Fritz Wolf/Otto Brenner Stiftung
Studie über Rundfunkgremien: Reformen sind nötig und möglich

Düsseldorf und Frankfurt/Main, 15. Juli 2013

Heiko Hilker, Mitglied im Rundfunkrat des MDR, hat in der vergangenen Woche zwölf Thesen zur Reform der Rundfunkgremien vorgelegt, die publizistisch einige Beachtung gefunden haben. Es ist ein gutes Zeichen, dass über Kontrolle und Transparenz der öffentlich-rechtlichen Medien und über die Rolle der Gremien diskutiert wird.

Die Otto Brenner Stiftung (www.otto-brenner-stiftung.de) hat vor wenigen Monaten eine umfangreiche Studie über die Arbeit der Rundfunkgremien vorgelegt: „Im öffentlichen Auftrag. Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge“.

Der Medienjournalist Fritz Wolf hat darin Aufgabe und gegenwärtige Praxis der Rundfunkgremien analysiert und aus dieser Analyse eine Reihe von Reformvorschlägen entwickelt. Sie zeigen präziser, konkreter und weitreichender als die Hilker-Thesen, welche Reformen notwendig und auch machbar sind.

Diese Forderungen richten sich an alle Akteure. Reformen sind auf verschiedenen Ebenen möglich.

Politik und Gesetzgeber sind aufgefordert, die Rundfunkgesetze der Länder jeweils so zu verändern, dass sie eine bessere Arbeit der Gremien erlauben. Dazu gehören:

- Staatsvertreter sollten in den Gremien der Sender nicht vertreten sein. Besonders im ZDF ist der staatliche Einfluss extrem hoch, aber auch in ARD-Sendern wie MDR und BR ist er deutlich zu hoch.
- Eines der Kriterien der Rundfunkfreiheit ist die Staatsferne des Rundfunks. Gemessen daran ist der Einfluss der Parteien in den Gremien zu hoch, auch der indirekte Einfluss. Dagegen müsste die Position der sogenannten gesellschaftlichen Gruppen gestärkt werden. Sie machen übrigens nicht 80 Prozent der Rundfunkratsmitglieder aus, wie die Hilker-Thesen behaupten, sondern sind in den einzelnen Sender sehr unterschiedlich vertreten.
- Die Rundfunkgesetze der einzelnen Länder sollten dahingehend verändert werden, dass sie den Gremien größeren Spielraum geben und sie finanziell und organisatorisch hinreichend ausstatten. Das ist derzeit in vielen ARD-Sendern nicht gegeben.

Die **Gremien** selbst sind aufgefordert, ihre Funktion und Arbeitsweise zu überdenken. Dazu gehören:

- Gremien vertreten in den Sendern die Interessen der Allgemeinheit. Ihre Arbeit sollte daher so transparent wie möglich sein.
- Gremiensitzungen sollten grundsätzlich öffentlich und nur in definierten Ausnahmefällen nicht-öffentlich sein.
- Protokolle sollten öffentlich zugänglich gemacht werden.
- Auch die Arbeit der Ausschüsse sollte nach Möglichkeit öffentlich wahrnehmbar sein.
- Die Gremien sollten eine selbständige, vom Sender selbst unabhängige Öffentlichkeitsarbeit betreiben.
- Die Rundfunkräte sollten die Möglichkeit haben und nutzen, in komplizierten Medienfragen externe Expertise einzuholen.
- Weiterbildung in Medienfragen sollte für alle Gremienmitglieder bindend sein. Das gilt sowohl für Fragen des Programms wie auch etwa der Fähigkeit, Bilanzen und Unternehmensberichte lesen zu können.
- Das Mandat für Rundfunkratsmitglieder sollte auf maximal zwei Sitzungsperioden begrenzt werden. Damit kann die Kontinuität der Arbeit gesichert werden, zugleich ist es aber auch möglich, auf Veränderungen in der Gesellschaft zu reagieren.
- In den Gremien sind bis heute neue Organisationen der Zivilgesellschaft zu wenig berücksichtigt.
- Einige Gremien sind männerdominiert – dass sich dies ändert, dafür können die Gremien selbst sorgen.
- Für eine Reihe dieser Forderungen (Zusammensetzung, Mandatsdauer, Öffentlichkeit der Sitzungen) müssen die Rundfunkgesetze angepasst werden. Hier sind die Gesetzgeber gefragt. Und kein Parlament muss etwas Neues erfinden. In den verschiedenen Sendern gibt es bereits für alles Regelungen. Die Gremien sollten darauf drängen, dass der Gesetzgeber ihren Spielraum erweitert.
- Die Gremien sollten selbst sich verstärkt darum bemühen, etwa über die Aktivitäten der Sendertöchter und interner Finanzströme informiert zu werden.

Die **entsendenden Organisationen** spielen eine bisher viel zu wenig beachtete Rolle in der Frage der Gremienreform.

- Sie sollten die Aufgabe der Rundfunkräte ernst nehmen und dafür sorgen, dass die Delegierten über medienpolitische Kenntnisse verfügen oder dass sie bereit sind, sich in medienpolitische Themen einzuarbeiten.
- Die Delegierten wiederum müssen in den entsendenden Organisationen klar machen, dass sie in den Gremien zwar ihre Sachkenntnis einbringen, nicht aber Lobbyarbeit betreiben dürfen. Sie sind Vertreter der Allgemeinheit und nicht Vertreter von Spezialinteressen.
- Zugleich sollten die Gremienmitglieder bei ihren Organisationen rückmelden, was in den Gremien diskutiert wird, welche Entscheidungen getroffen werden und was medienpolitisch auf der Agenda steht.
- Sie sollten selbst auch ihren Teil dazu beitragen, dass mehr Frauen und junge Menschen in die Gremien entsandt werden.

Am 12. November wird die Otto Brenner Stiftung auf einer medienpolitischen Tagung (in Verbindung mit der Verleihung der Otto Brenner Preise für kritischen Journalismus 2013) die Debatte um die Reform der Rundfunkgremien weiterführen. Sie ist überzeugt davon, dass diese Debatte überfällig und notwendig ist und dass die Forderungen auch umgesetzt werden. (Vorab-Infos zur medienpolitischen Tagung; siehe Seite 99 der Studie von Fritz Wolf)

Die „Gremien-Studie“ („Im öffentlichen Auftrag“) von Fritz Wolf kann bei der Otto Brenner Stiftung bestellt werden. Elektronische Bestellung von AH 73 der OBS, PDF-Download der Untersuchung, Infos (u.a. Reaktionen zu der Studie von Wolf) und weitere Texte zum Thema:

www.otto-brenner-stiftung.de/otto-brenner-stiftung/aktuelles/gremienstudieobs.html